

Protokollauszug

aus der
34. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 08.11.2017

öffentlich

**Top 7.28 Überarbeitung der Verwaltungsgebührensatzung
17/SVV/0842
abgelehnt**

Die Stadtverordnete Liefeld, Fraktion DIE aNDERE, bringt den Antrag ein und beantragt die Überweisung in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen.

Abstimmung:

Die Überweisung in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen wird

mit 24 Ja-Stimmen

und 24 Nein-Stimmen **abgelehnt.**

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die mit der „1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung“ (Ds 17/SVV/0489) beschlossene Einführung einer Gebührenfreiheit für Verwaltungsleistungen im Rahmen von Wahlwerbung für politische Parteien und Wählergruppen wird aufgehoben.

Stattdessen sollen künftig Verwaltungsleistungen im Rahmen von Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheiden sowie von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden gebührenfrei erbracht werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2018 eine entsprechende Änderungssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mit 19 Ja-Stimmen

und 25 Nein-Stimmen **abgelehnt.**